

Antrag

der Abgeordneten Annette Groth, Inge Höger, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Nach 30 Jahren in der Todeszelle ist Mumia Abu-Jamal in den „normalen“ Haftvollzug verlegt worden. In diesen 30 Jahren hat sich Mumia Abu-Jamal durch die unmenschliche Gefängnisindustrie sowie die tägliche Todesbedrohung nicht brechen lassen und ist weltweit zum Vorbild für den Kampf gegen die Todesstrafe und für einen humanen Strafvollzug geworden.
2. 30 Jahre Haft haben ihre Spuren hinterlassen: Mumia Abu-Jamal leidet unter Diabetes und einer Hautkrankheit, die dringend behandelt werden müssen. Seit März 2015 ist sein gesundheitlicher Zustand sehr kritisch. Die verantwortlichen Gefängnisbehörden verweigern Mumia Abu-Jamal eine menschenwürdige und angemessene medizinische Versorgung. Aktuell muss um das Leben des 60-jährigen gefürchtet werden.
3. Der Deutsche Bundestag tritt dafür ein, dass das Verfahren gegen Mumia Abu-Jamal neu aufgerollt wird und er die Möglichkeit erhält, seine Unschuld zu beweisen.
4. Der Deutsche Bundestag dankt der weltweiten Solidaritätsbewegung, in der sich Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen für das Leben von Mumia Abu-Jamal eingesetzt haben. Ohne diesen weltweiten Einsatz wäre das Leben von Mumia Abu-Jamal nicht gerettet worden. Gleichzeitig bittet der Deutsche Bundestag, mit diesem weltweiten Einsatz nicht nachzulassen und für das Leben der Tausenden von Verurteilten in den Todeszellen in den USA und überall auf der Welt zu kämpfen.
5. Der Deutsche Bundestag weist darauf hin, dass es auch der solidarische Einsatz von Städten und Gemeinden war, die durch ihre Forderungen und Resolutionen Druck auf den Staat Pennsylvania ausgeübt haben und damit dazu beigetragen haben, das Leben von Mumia Abu-Jamal zu retten.
6. Der Deutsche Bundestag nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Stadt Paris Mumia Abu-Jamal zum Ehrenbürger ernannt hat und ermuntert die Gebietskörperschaften in Deutschland, über eine solche Ehrung nachzudenken. Der Deutsche Bundestag unterstützt Initiativen und Forderungen von örtlichen

Menschenrechtsinitiativen und der „Free Mumia Bewegung“, öffentliche Straßen und Gebäude nach Mumia Abu-Jamal zu benennen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich nachdrücklich gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) für die Freilassung des US-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal einzusetzen,
2. sich eindringlich gegenüber der US-Regierung für die Gewährleistung des Rechts auf Gesundheit, einschließlich einer sofortigen menschenwürdigen, angemessenen und dauerhaften medizinischen Versorgung von Mumia Abu-Jamal und allen Gefängnisinsassen, einzusetzen,
3. den USA anzubieten, Mumia Abu-Jamal in Deutschland Aufnahme zu gewähren, wenn er dies wünscht,
4. in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesländer, der Städte- und Gemeindetage dafür zu werben, dass öffentliche Einrichtungen und Straßen den Namen von Mumia Abu-Jamal erhalten.

Berlin, den 22. April 2015

Dr. Gregor Gysi und Fraktion